



NEIN ZUM RKK!

Lächerliche Pseudo-Befragung

145.000 Regensburger*innen erhielten einen Fragebogen und eine bunte Infobroschüre im Rahmen einer „Bürgerbefragung“, die diesen Namen nicht verdient. Es handelt sich schlicht um eine 350.000 € teure Werbeaktion, mit der eine Blanko-Zustimmung für den Bau eines Kommerz- und Kongresszentrums (RKK) am Kepler-Areal eingeholt werden soll.

Damit das von den Stadtplanern erwünschte Ergebnis auch sicher erreicht wird, haben die Verantwortlichen alle Register gezogen. Sowohl in der Begleitbroschüre wie auch im Fragebogen wurden alle Ideen und Forderungen der Ideenwerkstätten, die nicht ins Konzept der städtischen Planer passten, weggelassen. Dazu zählt auch die Forderung, die sehr häufig und mit hoher Priorität genannt wurde, grundsätzlich auf ein zusätzliches RKK in Regensburg zu verzichten.

Der vorgelegte Fragebogen ist schlicht eine Zumutung: Nicht nur, dass die Fragen überaus suggestiv formuliert sind. Eine Ablehnung oder auch nur eine Wahl zwischen Alternativen ist gar nicht möglich. Eine mögliche Antwortkategorie „lehne ich ab“ war den städtischen Planern wohl zu riskant. Da hätte ja die Gefahr bestanden, dass das etliche Bürger*innen ankreuzen. Frei nach dem Motto: mitreden ja – mitentscheiden nein!

Sensation! – Grüne lehnen RKK ab!

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen Jürgen Mistol redet Klartext:

Was jetzt in der Beschlussvorlage steht, klingt fast wie ein Märchen. Ein Standort, der Ernst-Reuter-Platz hat eine Wandlung vom Aschenputtel zur Prinzessin durchgemacht. Die Gebrüder Grimm wären beeindruckt, wenn sie das noch hätten erleben können. Ich kann es aber auch etwas schärfer formulieren: Mich erinnert die Beschlussvorlage an den Satz: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“. Es steht nämlich das genaue Gegenteil von dem drin, was die Verwaltung und externe Gutachter in den vergangenen Jahren zum Standort am Ernst-Reuter-Platz gesagt hatten.

Kein gutes Haar lassen die Grünen auch an der Kostenkalkulation:

Spekulieren müsse man auch weiterhin, welche Kosten der Abriss und die Entsorgung der Gebäude am Kepler-Areal verursachen würde. Jürgen Mistol: „Dass hier ein Standort schönegeredet und bei der Wertung getrickst wurde, erkennt ein Blinder mit Krückstock“.

Auch der grüne OB-Kandidat Jürgen Huber wirft sich gegen ein RKK am Kepler-Areal heftig ins Zeug:

Jetzt sehen wir noch schöne große Bäume mit ausladenden Kronen am Ernst Reuter Platz, wenn wir in Regensburg aus dem Bahnhof kommen. Damit wäre es vorbei, wenn das RKK hier hin käme. Anders als die MZ schrieb ist jetzt durch eine Baumassenstudie von „pure architecten“ bewiesen, dass es dort nicht funktionieren kann.

(Aufmerksame Leser*innen haben es sicher sofort bemerkt: Die Passagen stammen aus Pressemitteilungen von 2008 bis 2013. Kaum an der Macht finden die Grünen ein RKK am Keplerareal plötzlich super.)

81 % für Rücktritt der Stadtregierung!

In einer von Recht auf Stadt veranstalteten Bürger*innenbefragung zum Thema „Neugestaltung zur Regensburger Politik“ kam es zu einem erstaunlichen Ergebnis: Ganze 81 %

sprachen sich dafür aus, dass „alle führenden Politiker und Beamten abtreten“ sollten. Um den Vorwurf, die Befragung sei manipulativ und unseriös von vornherein auszuräumen, orientierte sich die Fragestellung peinlich genau an der „Bürgerbefragung“ zum sogenannten „Regensburger Kultur- und Kongresszentrum (RKK)“.

Die Auswertung lässt keinen Zweifel zu: Die Regensburger Stadtregierung und die führende Beamtenschaft sind in den Augen der befragten Regensburger*innen durch die Korruptionsaffäre nachhaltig diskreditiert.

Recht auf Stadt hat diese Ergebnisse Stadtregierung und Ver-



waltung umgehend zukommen lassen. Die Initiative ist sich sicher, dass der Bürger*innenwille diesbezüglich ebenso demokratisch und vorbildhaft berücksichtigt wird, wie im Rahmen der RKK-Befragung.

Als Sofortmaßnahme wird erwartet, dass die Zusammenarbeit mit den in die Korruptionsaffäre verwickelten Unternehmen unverzüglich eingestellt wird. Andernfalls müsste Regensburg wohl zukünftig als „Bananenkommune“ bezeichnet werden.

POLIZEI GEGEN DEMOKRATIE

Allein machen sie dich ein!

Ein Augenzeugenbericht über den Umgang der Polizei mit der Versammlungs- und Meinungsfreiheit:

Am Freitag, den 27.10.2017, gab es in Nürnberg eine große Solidaritätskundgebung für einen in Untersuchungshaft sitzenden Berufsschüler, der sich an einer erfolgreichen Blockade einer Abschiebung beteiligt hatte. Auch wir fuhrten mit dem Zug nach Nürnberg.

Dort angekommen, standen schon die ersten Beamten in Kampfmontur am Bahngleis und suchten unsere Regensburger Gruppe heraus. Im Verbindungstunnel zum Bahnhofsgebäude wurden dann fast alle von uns eingekreist. Wir wurden einzeln aus dem Kessel herausgeholt, kontrolliert und der Reihe nach an die Wand gestellt. Das alles war sehr bedrohlich und wir hatten den Eindruck, dadurch sollten eventuell Reaktionen von uns provoziert werden. Immer wieder wurde kurz und knackig gebellt: „Stehenbleiben!“ oder „Den Ausweis!“.

*Da wir uns ruhig verhielten, musste die Polizei uns irgendwann wieder ziehen lassen. Bis auf eine beschlagnahmte Fahrradmütze konnte uns nichts angehängt werden. Später haben wir erfahren, dass es Genoss*innen aus München ähnlich ergangen ist.*

Derartige Aktionen erzeugen Angst und führen dazu, dass Menschen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung irgendwann nicht mehr wahrnehmen. Dieses Vorgehen der Polizei ist demokratiefeindlich.

BEZAHLBARES WOHNEN FUER ALLE!

Fachaufsichtsbeschwerde gegen Behördenleiter Sedlmeier und Frohschammer

Am 17.10.2017 wurde die Petition „Bezahlbare Wohnungen statt neuer Hotels und Airbnb!“ der Initiative Recht auf Stadt, die von 1163 Unterstützer*innen unterzeichnet wurde, im zuständigen städtischen Ausschuss behandelt. Recht auf Stadt war entsetzt über die Niveaulosigkeit der Sitzung. Daher legte die Initiative Beschwerde bei der Stadtregierung ein und erhob gleichzeitig Fachaufsichtsbeschwerde bei der Regierung der Oberpfalz gegen die Amtsleiter Anton Sedlmeier sowie Armin Frohschammer.

Frohschammer und Sedlmeier behaupteten beispielsweise, es gäbe rechtlich keine Handhabe, Überkapazitäten im Hotelbereich zu verhindern. Jedoch zeigen Beispiele aus der Vergangenheit, wie das Veto der Verwaltung von 2015 gegen zusätzliche Verkaufsflächen im Dörnberg-Viertel, dass es sehr wohl rechtliche Mittel gibt.

Auch im Zusammenhang mit dem umgebremsten Zuwachs von Ferienwohnungen stritt Frohschammer zunächst rechtliche Möglichkeiten ab. Erst auf Nachfrage musste er eingestehen, dass nach Verabschiedung einer Zweckentfremdungssatzung, wie in der Petition vorgeschlagen, es sehr wohl ein rechtliches Mittel gäbe.

Schließlich äußerte sich Anton Sedlmeier noch zu der in der Petition verlangten Erhöhung des sozialen Wohnungsbaus. Er behauptete, die 20 %-Quote würde umgesetzt, was zu einem deutlichen Anstieg der öffentlich geförderten Wohnungen führen werde.

Die Quote wird jedoch keineswegs konsequent umgesetzt. Ein aktuelles Beispiel: Baugebiet „Südlich der Otto-Hahn-Straße“. Hier werden reihenweise günstige Wohnungen abgerissen und eine große Anzahl neuer Apartments gebaut, ohne dass eine einzige Sozialwohnung errichtet werden muss. Übrigens: Das betreffende Gebiet ist größtenteils im Besitz des tief im Korruptionsskandal verwickelten Unternehmens Immobilien Zentrum (IZ).

LIEBE STATT HASS!



Elly Maldaque statt Martin Luther!

Luther war ein Hassprediger. Er rief dazu auf, die Häuser von Juden einzureißen und ihre Synagogen zu verbrennen. Auch gegen aufständische Bauern kannte er nur ein Mittel: Totschlagen. Behinderte Kinder wollte er ersäufen, Hexen „selber verbrennen“ und untreue Frauen „rädern und ädern lassen.“

Der Bund für Geistesfreiheit Regensburg und Recht auf Stadt forderten in einer Kundgebung die Umbenennung der D.-Martin-Luther-Straße in Elly-Maldaque-Straße.

Elly Maldaque war eine Regensburger Lehrerin, die von 1920 bis 1930 an der Von-der-Tann-Volksschule unterrichtete. Da sie sich für soziale Fragen interessierte, wurde die „Politischen Polizei“, der damalige Verfassungsschutz, auf sie aufmerksam.

Er beauftragte „Hakenkreuzler“, sie zu beschatten. Kurz darauf wurde der Volksschullehrerin fristlos gekündigt. Unter einem Vorwand wurde sie in die Psychiatrie eingeliefert, wo sie nach wenigen Tagen, am 20. Juli 1930, verstarb.

Elly Maldaque schrieb in ihr Tagebuch: „Der Weisheit letzter Schluss ist die Milde und die unversiegbare Liebe.“ An solchen Menschen sollten wir uns orientieren, nicht an Totschlägern (Luther über Luther).

SENIORENWOHNZENTRUM CANDIS

Anzeige wegen Verdacht auf Dokumentenfälschung

Frühjahr 2017 startete Recht auf Stadt die Flugblattkampagne „Wir alle sind verantwortlich!“. Pflegemissstände sollten nicht länger hingenommen, sondern gemeldet werden. Einer der in der Kampagne erwähnten Missstände war der allseits bekannte Pflegekräftemangel. Bis zu 50 Senior*innen müsse eine Pflegekraft nachts betreuen, hieß es im Flugblatt. Das wollte der private Heimbetreiber Bayernstift so nicht stehen lassen, zumal dessen Pflegeheim „Candis“ im Flugblatt erwähnt wurde.

In einer eidesstattlichen Erklärung berief sich die Geschäftsführerin Janine P. auf den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK), der sämtliche Dienstpläne überprüft habe. Von diesem sei die „adäquate Personaleinsatzplanung mit Blick auf den Versorgungs- und Pflegebedarf der Bewohner“ im Candis bestätigt worden „und damit auch die Einhaltung des vorgeschriebenen Nachtwachenschlüssels“, so die Geschäftsführerin.

Allerdings musste sie diese Darstellung schon wenig später zurücknehmen. Zwar würde der MDK die Einhaltung des Nachtwachenschlüssels bescheinigen, doch nach eigener Prüfung der Dienstpläne habe sie festgestellt, dass der Nachtwachenschlüssel „nicht durchgängig eingehalten wurde.“ Aufgrund dieses Eingeständnisses besteht der dringende Verdacht, dass die Dienstpläne, die dem MDK vorgelegt wurden, nicht den Plänen entsprachen, die von der Geschäftsführerin kontrolliert wurden.

Da bei einer Nichteinhaltung des Nachtwachenschlüssels laut Heimaufsicht „von einer potentiellen Gefährdung der Bewohnerinnen und Bewohner auszugehen“ ist, erstattete Recht auf Stadt bei der Staatsanwaltschaft Regensburg Anzeige wegen des Verdachts auf Dokumentenfälschung (§ 267 StGB), falscher eidesstattlicher Aussage (§ 156 StGB) und Verschleierung einer Straftat (§ 258 StGB).

Recht auf Stadt bittet Bewohner*innen, Pflegekräfte, Angehörige, Kantinenpersonal, Ärzte, usw., die zu den Abläufen im Candis etwas aussagen können, um Mithilfe.

Alle Hinweise werden absolut vertraulich behandelt!

Recht auf Stadt – Regensburg

<https://rechtaufstadt-regensburg.uetheater.de>

<https://www.facebook.com/ras.regensburg>

recht-auf-stadt@uetheater.de

Regelmäßige Treffen:

Jeden Mittwoch, 19:00 Uhr

bfg-Zentrum, Hemauerstr. 15, Regensburg

ViSDP: Florian Scharl, Defreggerweg 10, 93051 Rgbg